

Münchener Zeitung

No. 142.

Dienstag, den 9. Dezember 1913.

17. Jahrg.

Nach Donaueschingen.

Aber die Auffassung der Lage nach der Donaueschingen-Entscheidung über Zabern wird uns von unsemern Berliner CB-Mitarbeiter geschrieben:

Die Babener machen lange Gespräche. Die zwei Bataillone Neumünchensinger, die annähernd 20 Prozent der Gesamtbevölkerung des Städtchens ausmachen, marschieren ab. Man hat die „Soldateska“ in Zabern beschimpft, verflucht, ins Pfefferland geworfen. Nun gut. Die Beschimpfungen sind aus dieser überhitzten Atmosphäre weggerollt. Aber da ist auf einmal der Zauber gebrochen. Die Gemeindevorstände, Kaufleute, Landwirte, Galtsleute, soweit sie bisher von den beiden Bataillonen geliebt haben, ringen die Hände, weil sie einen Teil ihres Vermögens — einige von ihnen fast die gesamte Einnahme — verlieren. Es erweist sich auch, beim „Mischen des Schlagschiffes“, daß kein taures Haupt verlegt ist. Alles in allem hat es also doch wohl mehr Gelehrte gegeben, als die Sache wert war, sagt man sich.

Mühsallos zufrieden ist die Presse der Linken, mit nur wenigen Ausnahmen. Denn sie sieht, daß das Prinzip durchgesetzt wird, für das der Reichstag eintrat: Exemption der Streitenden Teile voneinander durch Verlegung des Reichs und dann richterliche Durchsichtung jeder Gerichtsverfahrens, das anhängig gemacht ist. In die Entscheidung, die in Donaueschingen fiel, war ja auch das eingeschlossen, daß die Kreisgerichte „beschleunigt“ arbeiten sollten.

Genau so betriebigt sind in Deutschland die Mütter der Rechten, und zwar, weil in Donaueschingen dem Parlamentarismus nicht der kleine Finger gerückt und dem Mikstumpfen des Reichstages nicht die geringste Beachtung geschenkt worden ist. Man verachtet in diesen diplomatischen Kreisen, daß weder der Kaiser noch der Kanzler auch nur im Traum daran gedacht hätten, der Kundgebung des Reichstages irgendwelche „Konsequenzen“ zu geben; denn das hätte unserer Verfassung nicht entsprochen.

Aber doch wehen leise Zweifel durch alle die Äußerungen der Presse, in denen das Einverständnis mit Donaueschingen erklärt wird. Man weiß nämlich nicht so recht, „was wird“, und sogar die Verlegung des Infanterie-Regiments Nr. 99 selbst kann ja ganz verschieden aufgefaßt werden — als Strafe für das Regiment, als Strafe für die Bevölkerung von Zabern.

Nach der Auffassung auf möglichen Stellen der Regierung ist aber von einer Strafe in keinem Sinne die Rede, sondern es handelt sich lediglich um eine straflose Maßregel, sozusagen um Räumung des Lagers, während die Gerichtskommission dort weilte. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Neumünchensinger nach etwa sechs Wochen wieder in ihre Baberner Kaserne zurückkehren. Voraussetzung hierfür wäre natürlich die Überzeugung, daß für in Zabern Offiziere ruhig auf der Straße sich bewegen können, ohne vom Publikum — auch das halbwillige kann da sehr leicht werden — mit unflätigen Burlesken bedacht zu werden. Der Gemeinderat von Zabern wird also in jeder Hinsicht umlernen müssen, wenn er die Garnison wiederhaben will. Der Gemeinderat wollte weder von Militär noch von Zivilbehörden etwas wissen, sondern verließ sich auf eine parlamentarische Untersuchungskommission. Solche Gesetze muß man in Zabern nun allerdings unterscheiden.

Aber mit voller Schärfe, soweit sie verdient ist, wird das Gesetz diejenigen Militärs treffen, die in der Affäre vom Wege des Rechts oder auch nur des Tertes ab-

gewichen sind. Das Verfahren geht ohne jede Rücksicht auf Parlamentsverhandlungen oder Abklärungsverhandlungen seinen Gang, oder auch ohne jede Rücksicht auf etwaige Wünsche; und Kriegsgerichte pflegen sehr ernst zu urteilen.

Es ist unbegreiflich, wie überhaupt auch nur 24 Stunden der Gedanke auftauchen konnte, wir lebten nicht in einem Rechtsstaat. Daran ist nicht der geringste Zweifel möglich; und das schämteste, darin hat der Kanzler recht, ist die Kluft zwischen Volk und Ober, die sich in diesen Tagen aufgetan hat. Daß sie geschnitten werden muß, das ist die feste Überzeugung nicht nur des Kaisers, sondern auch der drei hochgestellten Männer, die vor ihm in Donaueschingen gestanden und über die „Affäre“ beraten haben.

Zabern im Reichstag.

(182. Sitzung.) CB, Berlin, 4. Dezember.

Zweiter Tag.

Bevor das Gaus mit der Weiterbehandlung der Interpellationen über Zabern fortfährt, wird zunächst noch das Dankesprovisorium zwischen Deutschland und England in dritter Lesung behaftlos angenommen. Sodann ergreift sofort wieder das Wort

Reichstagsler v. Bethmann Hollweg:

Man hat mir vorgeworfen, ich hätte von den Zivilbehörden in Elb-Lothringen gänzlich geschwiegen. Das behaupte ich nicht. Ich habe mich nicht eingelassen, durch mein Schweigen eine Kritik an den Zivilbehörden zu üben. Worum handelte es sich denn gehen und maßgeblich auch heute? Im Angriffe gegen das Verhalten der Militärverwaltung. Das ist doch der Kern der Sache. Darüber habe ich gesprochen. (Große Unruhe und Zwischenrufe links.) Mir ist weiter vorgeworfen worden, daß ich mich bei meinen Darstellungen lediglich auf die Militärberichte und nicht auf Zivilberichte berufen hätte. (Sehr richtig! links.) Das ist unrichtig!

Ich kenne die Zivilberichte

ganz genau. (Rärm und Widerspruch links.) Ich habe hier ausdrücklich betont, daß über die Frage, ob die zivilen Sicherheitsorgane verlag hätten, ein großer Widerspruch zwischen den Militär- und den Zivilbehörden besteht. Ich habe weiter ausdrücklich hervorgehoben, daß die mangelnde Kooperation zwischen Militär- und Zivilbehörde zum guten Teile schuld an den unersprechlichen Vorgängen in Zabern ist, und habe schließlich hervorgerufen, daß mir das andauernde Zusammenarbeiten zwischen Militär- und Zivilbehörden uns wieder zu normalen Zuständen zurückführen kann. Wie soll ich das sagen können, ohne die Berichte der Militärverwaltung zu berücksichtigen? Wenn ich aber andererseits die Vorgänge darlegte, auf Grund deren das Militär eingegriffen ist, so müßte ich mich natürlich an die Darstellung der Militärverwaltung halten. (Große Unruhe.) Von der Räumung des Schlafplatzes, den Verhaftungen und der Behandlung der Verhafteten habe ich ausdrücklich gesagt, daß sie im Gele kein Grund finden. Wie kann man denn unparteilich über derartige Dinge sprechen? (Rärm und Unruhe.) Bei der

großen und tiefen Erregung,

die gehen im Laufe herrsche, und die auch draußen im Lande herrscht (Sehr richtig!), müßte ich mir die Mühe auferlegen, die es ermöglicht, das Übel nicht noch zu verschlimmern, sondern zu bessern. (Widerpruch und Unruhe.) Nun hat Herr von Capper aus meiner Rede Zweifel hergeleitet, wie meine Stellung der künftigen Politik im Elb-Loth sein werde. Ich habe mich über diese Stellung so oft aus-

gesprochen und bin so vielen Ansehungen von den verschiedenen Seiten deshalb ausgesetzt worden (Grt. hört), daß darüber kein Zweifel möglich sein kann.

Die traurigen Ereignisse von Zabern haben mich in meinen Ansichten nicht wovontend gemacht. Wenn ich in dieser Beziehung nicht in dem lebensschaffenden Tone gesprochen habe, der durch die Reden anderer Sereen aus dem Großen Hause gestiegen hat (Unruhe, Zurufe links: „Sehr richtig“), so gestehe ich, mich nicht der Reichstagsler eine andere Rede anfertigen muß als die Herren Abgeordneten. (Sehr richtig! rechts, Rärm links.) Ich habe mich

in voller Übereinstimmung mit dem Statthalter

Grafen Welb dafür eingesetzt, daß die verfassungsmäßigen Zustände, wie sie jetzt in Elb-Lothringen bestehen, dort einmüßig werden. Ich habe das nicht getan aus Vorliebe oder Nachgiebigkeit gegen demokratische Doktrinen, sondern weil ich überzeugt bin, daß wir in Elb-Lothringen nicht vorwärts kommen können, wenn wir nicht ablassen von dem ganz fruchtlosen Bestreben, aus dem südbelasteten Reichsländer einen norddeutschen Provinz zu machen. (Beifall.) Unter diesen Gesichtspunkt erlaube ich mir nochmals von dieser Stelle aus den Appell an die elb-Lothringische Bevölkerung, sie solle da mitarbeiten, sich nicht in übertriebener Empfindlichkeit, wie sie sich jetzt gezeigt hat, Weib, Widerspruch im Zentrum u. links) ableisten lassen. Wir haben auch vor der Verfassung kein Gott.

eine Fülle unerfreulicher Erfahrungen

in Elb-Lothringen gehabt. Wir müssen uns absetzen und Geduld zeigen. (Stürmisches Zurufe links und im Zentrum.) Es ist geteilt hier in lebensschaffendem Tone das Wort gesprochen worden, jetzt ist in Elb-Lothringen alles verändert, was in Jahrzehnten geschaffen wurde. (Beifall.) Ich kann geteilt nicht zum Träger eines solchen Bestimmung machen. In einer ersten Stunde — und wir stehen in einer ersten Stunde — (Stürmisches Sehr richtig!) müssen wir unter Auge auf die Zukunft richten. Ich nenne die Stunde nicht ernst, etwa weil

meine Stellung gefährdet

sei, oder etwa weil die Herren geteilt die Mißbilligung gegen mich beantragt haben und nachher beschließen werden. (Stürmisches Hört hört! links.) Sondern ich nenne sie ernst, weil sich aus der tiefen Erregung die Gefahr aufgetan hat, daß eine Klaff zwischen Armee und Volk geschaffen werden soll. (Erneute stürmisches Zurufe links: Die Armee ist schuld daran!) Weil ich diesen Ernst erkannt habe, habe ich mich geteilt ausdrücklich und deutlich gesagt, daß die erste Aufgabe wäre: Normale zwischen Militär- und Zivilverwaltung. (Stürmisches Zurufe links: „Ich habe hier in vollen Einverständnis mit dem Herrn Kriegsminister. (Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum. Minutenlang Rärm.) Alle möglichen Anzeichen sind darüber einget, daß ohne ein vorwurfsloses Zusammenarbeiten von Militär und Zivil, wie es leider in Zabern geschah, nichts geschafft werden kann. Und, meine Herren, dieser Gesichtspunkt ist von der obersten Stelle den beteiligten Behörden und Beamten im Anschluß an die Vorgänge in Zabern wiederholt und nachdrücklich ins Bewußtsein geschrieben worden. Es ist selbstverständlich, daß der kommandierende General die Stellung dort, dafür zu sorgen, daß nirgend das Gesetz überschritten wird. Es ist ebenso selbstverständlich, und beruht auf dem

Willen der allerhöchsten Stelle,

daß Militär- und Zivilverwaltung Hand in Hand gehen, unter voller Wahrung der gesetzlichen Kompetenzen, unter voller Wahrung von Gele und Recht. Was in der Vergangenheit gesagt worden ist — ich habe geteilt darüber gesprochen — es wird erfüllt werden. Wir können das, was gefährdet wurde, für die Zukunft nur wiederherstellen auf der Grundlage von Gele und von Recht. (Beifall: Beifall rechts, Rärm links.)

Die rechte Wahl.

Roman von Helene Merkel.

23]

Nachdruck verboten.

Er ließ sich anmelden. Der binnen kurzem zurückkehrende Diener geleitete ihn heute gleich ins Wohnzimmer, wo die Familie vollzählig im den Frühstückstisch verarmelt saß.

Ele und Frau Roland blieben steif wie die Stöße sitzen und erwiderten mit halb abgewandten Gesichtern des Eintretenden „Guten Morgen“, während der Hausherr, ihm die Hand bietend, Günther entgegen schritt, mit einer Haltung und Miene jedoch, die ebenfalls eine gewisse Unflätigkeit verriet.

Auf beiden Seiten zögerte man unwillkürlich, die erste banale Frage zu tun; wie Gewitterwolke brütete es über dem Zimmer und den vier darin befindlichen Menschen.

Endlich begann Günther, indem er sich vergebens mühte, seiner Stimme Festigkeit zu geben: „Es ist eine außerordentliche Stunde, zu der ich euch aufsehe. Ob ihr den Grund hierfür auch, weiß ich nicht, kann und will aber nicht damit zurückhalten. Ein ganz ungeheuerliches Gericht ist mir zu Ohren gekommen. Vergangene Nacht, auf der Station B., wo ich umsteigen mußte, kam der Baron von Widau auf mich zu und machte mir mit ebenso viel Witz und Dersheit eine Mitteilung, an die ich noch immer nicht glauben kann. Denn er sagte mir,“ unwillkürlich zögerte der Sprecher, ehe er die letzten, schwerbetonten Worte herausließ, „daß meine Braut und Herr Leutnant Schrad-

miteinander im Wagen auf dem Korso gefahren seien! Was habt ihr mir darauf zu antworten?“

Atemlos, in bangster Spannung blickte Günther auf die Umflehenden. Sie antworteten ihm zunächst gar nicht. Ein jedes sah starr vor sich hin. Die Damen verließen sich darauf, daß Herr Roland, er wiederum, daß sie den geforderten Beiseid geben würden.

Der junge Arzt preigte die Lippen aufeinander und holte wie in halber Verzweiflung tief Atem, aber er fragte nicht noch einmal, er wartete, bis Herr Roland, schließlich überzeugt, daß weder Frau noch Tochter sprechen würden, mit unglücklicher Ueberwindung anbot:

„Ich kann die Wahrheit dessen, was man dir berichtet hat, leider nicht in Abrede stellen, Herrmann! So unbegreiflich und unverzeihlich es ist: Ele hat wirklich den Leidschmerz gehabt, sich noch im letzten Augenblick an der Korsofahrt zu beteiligen!“

Günther erlebte. Ein Laut, wie ein halb unterdrücktes Nadeln kam aus seinem Munde. Ganz fassungslos starrte er auf die Braut.

Im Zimmer war es sekundlang so still, daß man buchstäblich eine Stednadel hätte fallen hören können.

Endlich sagte, während der Zorn in seinen Augen aufleuchtete, mühsam der Herr:

„Solche Schmach hast du mir also wirklich angetan, Ele? Solche Schmach! Es ist unerhört!“

Sie neigte das Haupt noch ein wenig tiefer, eine dunkle Blutwelle schoß ihr in die Wangen, aber sie sagte noch immer kein Wort.

Herr Roland, der wie Günther nicht eben mit freundlicher Miene zu ihr hinüberblickte, mochte denken, daß sie sprechen würde. Als das wider Erwartung jedoch nicht geschah, ergriß er das Wort und sagte zu dem verärrten Schwiegerjohn:

„Herrmann, ich begreife dich, wenn du außer dir bist über das Geschehene, aber trotzdem bitte ich dich, beruhige dich! Glaube mir, ich selbst bin nicht weniger entrüstet über den begangenen Fehler und schon hat es unter uns eine heftige Auseinandersetzung deswegen gegeben! Gätte ich dies voraussehen können, um keinen Preis hätte ich Frau und Tochter allein zum Korso reiten lassen! Aber blüdings, ohne Ira habe ich geglaubt, die Mutter würde die gleiche Verantwortung über Ele übernehmen und mit derselben Gewissenhaftigkeit wie ich über sie machen!“

Der Doktor nickte düster zu Herrn Roland hinüber.

„Es erweckt beinahe den Anschein,“ sprach er dumpf, „als habe man um so großmütiger auf unsere Begleitung verzichtet, weil man dadurch jegliche Beharrlichkeit in der Freiheit der selbst erprobanten Willenshandlung auslöscht!“

Eine tiefe Bitterkeit hefte durch seine letzten Worte, bei welchen Frau Roland, die bisher schuld-berührt geschwiegen hatte, wie von einer Tarantel gestochen aufhub.

„Das bitte ich zurückzunehmen!“ kaudte sie mit dunkelstem Gesicht, indem ein Blick maßloser Wut den Schwiegerjohn traf. „Eines Beteiligung an der Korsofahrt war keine abgekartete Sache!“

Abg. Hagalla v. Bieberstein (L): Die Öffentlichkeit hat kein Recht, sich in die Vorgänge der Instruktionssitzung einzumischen. Wenn Verhörungen dort vorgekommen sind, so sind den Soldaten der Beschwerdebogen offen. (Aachen links). Der Kriegsminister hat geteilt erklärt, daß der betreffende Offizier in Disziplinarangelegenheit bestraft worden ist. (Guruf links: Aber wie!) Über das Beschwerde-recht hat geteilt hier vom Abgeordneten Gebren-bach Ausführungen gemacht worden, die brauchen im Grunde verworfen werden müssen. Ich gebe zu, daß in unsem Militärrichteramt in dieser Beziehung manches im argen lag. Unsere Militärverwaltung hat aber in den letzten Jahren alles getan, um den Miltärrichter abzubauen. (Sehr wahr, rechts.) Was nun die Vorgänge in Zabern anlangt, so hat die Militärbehörde erst aus dem „Babener Anzeiger“ näheres über die Vorformnisse erfahren. Die dort erschienenen Aufsätze waren in

begehrig und sensationell gefaßt, daß es nicht zu verstehen ist, warum die Zivilverwaltung nicht dagegen vorgegangen ist. Der Redner vernimmt dann auf die Vorgänge vom 6. bis 10. November zu sprechen. Als die ersten Befehlshaber des Leutnants v. Boniner bekannt wurden, ist die Polizei in Zabern um Schutz angegangen worden. Auf der Polizeiwache war nur ein Sergeant anwesend, der das Lokal nicht verlassen konnte. Später hat dann die Zivilverwaltung bei der Militärverwaltung

militärischen Schutz erbeten. (Zeit, hörl rechts.) Die Mitteilung betrifft, daß junge Offiziere die Patrouillen begleitet haben, so ist mir das allerdings auch nicht unpassend. Aber schließlich liebe ich auf dem Standpunkt des Kriegsministers, daß die Bedeutung unserer jungen Offiziere nicht zu unterschätzen ist. Fürst Bismarck hat einmal gesagt: Der preussische Leutnant macht uns niemand nach. (Sehr viele, rechts links.) Ich glaube, daß einmal die Zeit kommen wird, wo man sagen kann, den deutschen Leutnant macht uns keiner nach. Wir sind voll Vertrauen darauf, daß die Armee die Disziplin in ihren Reihen und damit auch die Autorität vor dem Volke voll und ganz aufrecht erhalten wird. Sie wird dabei das ganze Volk hinter sich haben und damit auch die Bevölkerung von Elsas-Rohbringen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Franzenstein (B): Wir erblicken in den Vor-fällen von Zabern, soweit die Instruktionssitzung keine Rolle spielt, nicht, was der Kanaler geteilt, einzelne Vor-gänge, sondern ein System, das wir aus eigener Erfahrung kennen. Auch die volklichen Soldaten sind Beleidigungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Die Disziplin allein macht nicht die Schlagfertigkeit des Heeres aus, sondern auch die Liebe des Soldaten zum Dienst ist erforderlich.

Abg. Frhr. v. Camp (Aa.): Ich meine, daß wir an den Vorgängen in Zabern augenblicklich gerade genug haben, und nicht noch eine politische Frage zu konstatieren brauchen. Die Wache-Männer dort wohl als erledigt angesehen werden. Es wäre erwidert worden, daß das Verbot des Wache-Mannes öffentlich bekannt gegeben worden wäre. Es ist jedenfalls merkwürdig, daß auch der Reichstag jetzt erst von dem Verbot erfährt. Ich habe das Gefühl, als ob die Be-hörde in dieser Angelegenheit nicht ganz richtig verfahren sei. (Sehr richtig! links und in der Mitte) und daß auch die Erklärungen, die wir gestern vom Regierungsrat hörten, nicht genügen. (Sehr richtig!) Es ist nicht zu verkennen, daß ein hartes

Verhältnis zwischen Zivil- und Militärbehörden besteht. Es scheint ja wirklich, als habe die Zivilverwaltung von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln keinen genügenden Gebrauch gemacht. Ich gebe z. B. an die Feuerwehr. (Sehr richtig.) Wenn die Zivilverwaltung also verlag hat, so dürfte die Militärverwaltung eingreifen; sie war verpflichtet, den Verbotenen Untersucht zu gebären, aber sie hätte die Leute in einem anständigen Raum und nicht in einem Keller unterbringen müssen. Ich habe aus mancherlei Gründen das Gefühl, als ob die Zivilverwaltung absichtlich sich von einem energischen Einschreiten fern gehalten hat. Die Proklamation, die der Kreisbürger erst jetzt erlassen hat, mußte eigentlich schon vor drei Wochen erlassen werden. Der Abgeordnete Behrenbach hat geteilt unseren Standpunkt erörtern wollen. Ich stehen auf dem Boden der bekannten Resolution der elsa-lothringischen Mittelpartei und glaube, daß die Wache Zabern nach den Erklärungen des Reichstages ihren Rückzug nehmen hat. (Guruf links: Sehr richtig.) Es ist darauf hin-gewiesen worden, daß fast die gesamte reichsländische Bevölkerung ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutsch-land und Frankreich wünscht. Der schlimmste Feind gegen eine derartige Verständigung ist die nationalistische Presse und ihre Vertreter. Wir erwarten, daß die Reaktion gegen diese Presse und ihre Vertreter aus der elsa-lothringischen Be-

Die Erregung überwältigte die lebensschaffliche Frau förmlich, eine ganze Weile dauerte es, ehe sie sich soweit gesammelt hatte, daß sie etwas ruhiger fortzureden konnte:

„Nehethaupt, ehe man unsere Handlungsweise zum Staatsverbrechen stempel, prüfe man nur erst gründlich, vor dies mit Fuß und Recht tun darf! Du, Günther, scheinst mir die allerwichtigste Be-rechtigung hierfür zu haben, indem du selber der schuldige Teil bist! Warum hast du gleich von Anfang an mit solcher Engherzigkeit gegen die Korrosion protestiert? Warum hast du es nie zu erwagen der Mähe wert gefunden, daß ein lebens-frohes, junges Geschöpf wie Gise doch brennendes Verlangen darnach tragen mußte? Vergegenwärtige dir einmal, mit welcher bitterem Schmerz sie es geteilt angeht, als all der Veranstaltungen empfin-den mußte, ausgeschlossen sein zu sollen von aller Lust, und wie sehr alles sie locken mußte, die her-zlichen Wagen, die glänzenden Toiletten, das festliche Treiben, — wirklich, übermenschliche Enttäugung hätte dazu gehört, der Verlockung, sich da hinein-zumischen, zu widerstehen! Mich selbst überkam es wie ein Hauch, und ich brachte es nicht über's Herz, meinem Kinde die seltene Freude, die so viele an-dere genießen, zu verwehren!“

Frau Roland schwieg tiefatmend, sie war von ihren eigenen Worten förmlich gerührt. Das hin-derte sie indessen keineswegs, unter den halbge-schlossenen Lidern hervor nach den beiden Herren hinüberzuspähen, um zu sehen, wie ihre Rede auf dieselben gewirkt hatte. Mit heimlichem Triumph

beobachtung herauszufragen werde. Wir wünschen, daß die Reichslände bald und innig mit dem Reiche verwahten mögen.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Das System Demling ist in Falle Zabern siegreich geblieben. Wenn es noch eines Be-weises dafür bedürft hätte, so waren es die Worte des Kriegsministers am Schluß seiner geteilt überaus glän-zlichen Rede. (Sehr richtig.) Der Reichstagsler hat geteilt hier einen objektiven Beitrag gegeben, der sich auf den Bericht der Militärbehörde stützt. Heute erhalten wir die wertvolle Mitteilung, daß er auch den Zivilbericht kennt.

Anstatt einer Verantwortung von verantwortlicher Stelle erhalten wir Antworten in denkbar schnodderigem Tone. (Sehr richtig links. Widerspruch rechts.) Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Dieser Ton ist der Ton des Präsidiums (Sehr richtig links), das sich Einfluß auf Recht und Gesetz anmaßt. (Sehr richtig) Es wird Zeit, hohe Zeit, daß das Bürgertum sich endlich einmal gegen diesen Geist aufreißt.

Abg. Dr. Saas (B): Wir sind kein Militär, sondern ein Reichstagsler. Das Vertrauen, das der Kanaler geteilt verloren hat, hat er heute nicht zurückgewonnen.

Abg. Martin (Eis.-Arbkr. B): Es darf heute nach den Vorgängen der letzten Zeit in Zabern und nach den Vor-fällen des geteilt und heutigen Tages im Reichstag als feststehend betrachtet werden, daß nicht nur eine Statthalter, sondern auch eine Kanalerkritik vorliegt.

Annahme des Mißtrauensvotums.

Darauf wird ein Antrag Wassermann (natl.) auf Schluß der Debatte angenommen, und es beginnt die namentliche Abstimmung über das beantragte Miß-trauensvotum für den Kanaler.

Für das Mißtrauensvotum stimmt das ganze Sand mit Ausnahme der Konserwatoren und der Reichspartei. Die Annahme erfolgte mit 293 gegen 54 Stimmen bei vier Enthaltungen.

Darauf vertagt sich das Haus. Infolge der Abreise des Reichstagslers zum Kaiser nach Donaueschingen kann der Reichstag mit der ersten Sitzung des Jahres nicht fortfahren, da der Kanaler zunächst keine Rede über die auswärtige Politik halten will.

Im Reichstage beehrte am Freitag, 5. De-zember, eine ausgiebige Debatte über die sozial-demokratische Interpellation Albrecht und Genossen die Situation. Die Regierung wurde um Aus-spruch darüber gebeten, ob und was sie zu tun ge-denke, um den schlimmsten Folgen der Arbeitslosig-keit zu begegnen, die eine unausbleibliche Folge der immer wiederkehrenden, wirtschaftlichen Krisen sind. Die Interpellation zielt ganz besonders auf die Schaffung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosen-ver-sicherung hin und forderte auch geeignete Abhilfe-mittel zur Bekämpfung der sich zurzeit besonders geltend machenden Folgen der Arbeitslosigkeit. Der Abgeordnete Silberstein (Soz.) begründete die Interpellation in erster Linie damit, daß die Fragen, betreffend Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit und deren Folgen, nur durch das Reich gelöst werden können, da die einzelnen Gemeinden dazu finanziell garnicht in der Lage wären und auch meist nur geringes Interesse dafür zeigten, wie z. B. Halle a. S. bewiesen habe, wo über eine Interpellation, be-treffend die Arbeitslosigkeit, in der Stadtverordneten-Verammlung, ohne jegliche Diskussion, einfach zur Tagesordnung übergegangen worden sei. Es handele sich nicht um Gebote der Wohlfahrtspflege, sondern der Pflicht, die dem Reiche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit obliege. Staatssekretär Dr. Delbrück führte aus, daß die Bekämpfung der Arbeitslosig-keit und ihrer Folgen zu den ungelösten Problemen gehört, da bis jetzt kein Mittel gefunden ist, um ihnen dauernd wirksam begegnen zu können. Mit der Lösung dieses Problems beschäftigen sich Pra-ktiker und Theoretiker, Parlamente und Gemeinden schon seit einem Menschenalter, hier im Reichstage ebenfalls schon seit etwa 20 Jahren. Den Schluß-stein aller Forderungen bildet immer die wiederholt geforderte Arbeitslosenversicherung von Reichswegen.

konstatierte sie, daß der Gatte Milderungsgründe gelten zu lassen geneigt schien. Günther hingegen war von ihren Worten völlig unberührt geblieben.

Und den gleichen Eindruck wie sie, gewann auch Gise, die jetzt, nachdem ihre Beteiligung an der Korrosion einmal eingehendere Sache war, wieder ziemlich fest und unerschrocken um sich blickte. Das Verlangen, auch selber etwas zu ihrer Rechtfertigung zu sagen, wandelte sie an und so sagte sie, zu dem Verlobten gemandt, hinzu:

„Von Fortressen und allen anderen wurde ich schrecklich heimlich, weil ich wie die alten Damen bloß Zuschauerin beim Korrosion abgeben sollte! Niemand an meiner Stelle hätte sich das gefallen lassen und auch niemand das zu hätte so etwas von mir verlangt!“

In Günthers starrem Gesicht begann es zu arbeiten — wie beim Ausbruch eines Sturmes.

So verniedlich war der Blick, den der Doktor Günther seiner Braut zuwarf daß sie den ihren zu Boden schlagen mußte.

„Spare dir alle Entschuldigungen“, herrschte er sie in höchster Entrüstung an, „in meinen Augen ändern sie nichts an der Tatsache, daß du mich hintergangen, ganz schamlos hintergangen hast!“

Derrn Roland überließ es heiß. Er begriff nicht, wie Gise den Mut fand, dem schwerbeleidigten Verlobten noch in dieser Weise entgegenzutreten! Sah sie denn gar nicht, daß er außer sich war? Neumütige-Abbitte wäre das Einzige gewesen, was ihn hätte verjöhnen können. Dies konnte kein gutes Ende nehmen.

Die Interpellation fordert eine augenblickliche Abhilfe und eine dauernde durch Versicherung. Es sei ungenügend schwierig der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu gehen, da es an genügenden statistischen Nach-weisen fehle. Die Arbeitslosigkeit stellt sich zu den verschiedenen Zeiten bei den verschiedenen Gewerben auch verschieden dar. Ein allgemein zutreffendes Bild sei schwer zu gewinnen. Was ihm (dem Redner) an statistischen Material erreichbar gewesen sei, habe er gesammelt und dem hohen Hause in einem Heft vorgebracht. Die einzige Möglichkeit zu helfen, liege immer noch, wie auch in zurück-liegenden Teilen darin, daß man genügend Arbeits-gelegenheiten schafft. Aus den gesamten Statistiken ergebe sich, daß Deutschland trotz aller Notstände nicht so viel Arbeiter habe, wie es braucht. Land-wirtschaft und Industrie brauchen ausländische Arbeiter, und beschäftigen solche fast im ganzen Reiche und nicht allein in Ostelbien. Das habe er (der Redner) selbst beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals erfahren. Es gebe Industriegebiete, wie z. B. Obersachsen, die ohne ausländische Arbeiter garnicht bestehen könnten. Das beweise aber, daß die Ausländer nicht ausschließlich ins Land gezogen werden, um die Löhne zu drücken. Von einer all-gemeinen Notlage könne keine Rede sein. Unsere Wirtschaftspolitik verfolge eine Stärkung des inneren Marktes. Das bedeute gleichzeitig eine Stärkung des Arbeitsmarktes. Deshalb sollten gerade die Arbeiter unsere Wirtschaftspolitik stärken. Bevor nicht eine zuverlässige Statistik und ein Zentral-Arbeitsnachweis, dem die verschiedenen be-treffenden kommunalen und sonstigen Arbeitsnach-weise anhängen, ohne ausgeschaltet zu werden, best-ehende, erscheine eine Arbeitslosenversicherung von Reichswegen für ausgeschlossen! Wir müssen zu-nächst dahin streben, die Arbeitsnachweise möglichst auszubauen. In der Diskussion über die Inter-pellation wurde wiederholt betont, daß es nicht lo-sig sei, an Arbeit mangle, als vielmehr an einem richtig funktionierenden, vermittelnden Arbeits-nachweis.

Form des Beschwerderechts im Heer.

Berlin, 7. Dezember.
Bei den Auseinandersetzungen im Reichstag über die Babener Angelegenheit wurde auch mehrfach das militärische Beschwerderecht geteilt. Dabei kam man auf die Forderung, daß nach der Disziplinarreform für das Heer un-begründete Beschwerden grundsätzlich bestraf-t werden. Dagegen bestimmt die Beschwerdeordnung, un-richtige dienstliche Anschauungen bei einer Beschwerde seien an sich nicht strafbar. Dieser Abweichung soll jetzt abgeändert werden. Amlich wird folgender Vor-schlag zur Abänderung der Disziplinarreform be-lauftragt:

Sind Beschwerden als unbegründet zurückzuweisen, so wird, soweit nicht § 182 des Militärstrafgesetzbuches (handelt über leistungsfähige und auf falsche Behauptungen gestützte Beschwerden) Anwendung findet, im Einzelfall zu erwägen sein, ob die Aufrechterhaltung der Disziplin ein Einschreiten gegen den Beschwerdeführer erfordert. Eine unrichtige dienstliche Anschauung ist an sich nicht strafbar.

Es handelt sich also darum, die Disziplinarreform und die Beschwerdeordnung in Einklang zu bringen. Bisher konnte der der Strafverordnungs-Vorstellung die nach seiner Ansicht auf diese oder jene Vorbestraf-tung. Das soll für die Zukunft verbündet werden und man kann einen Fortschritt erblicken, zumal „unrichtige dienstliche Anschauungen“, also Irrtümer, nicht mehr strafällig sein sollen, sondern nur Willkürlichkeit oder falsche Anschauung.

Auch Frau Roland erwog offenbar allen Ernstes die Lage, die ihr ein wenig überfüllt kam. Sie hatte diese Auseinandersetzung ja erwartet, aber nur nicht so bald, nicht schon heute morgen, ehe man sich mit dem Gatten hatte auseinanderlegen und überlegen können, wie man die Angelegenheit am besten abwickelte. Es war ja wahr, sie hatte in der Tat geteilt im Kauf der Freistimmigkeit ihre Einwilligung dazu gegeben, daß Gise sich in Gemeinschaft mit Arthur an der Korrosion beteilige. Hinterher, als sie allein auf der Tribüne saß, war es ihr erst zum vollen Bewußtsein gekommen, welche eine Handlung von unabsehbarer Tragweite sie damit begangen hatte, aber dann wieder hatte sie auf Gise geschaut, wie dieselbe, sorglos und untrübend vor Glück, im wunderbar geschmückten Wagen mit Arthur dahinfuhr, und sie hatte sich über heimlicher Bedenten und Angst energisch ent-schlagen. Selbst der Gedanke, daß Gises Korrosion wenn möglich den vollständigen Bruch mit Günther im Besonderen haben könnte, war ihr nicht mehr all-zuschrecklich erschienen, die täglichen Auseinander-setzungen zwischen den Verlobten, die Frau Roland seit jener Eisenbahnfahrt mit ganz anderen Augen ansah, hatten sie zur Genüge belehrt, daß Gises Neigung zu Günther, wenn eine solche überhaupt noch existierte, eine überaus starke Schwächung er-litten hatte. Dafür aber gewann sie die Ueber-zeugung, daß Gise ihren Better Arthur liebe.

Fortsetzung folgt.

Annaburger Zeitung

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh.
 Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark frei in's Haus, durch die Post bezogen 1,25 Mark ohne Bestellgebühr.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Landbriefträger, unsere Zeitungsboten sowie die Expedition entgegen.



Die Inzerationsgebühr beträgt für die kleine Seite 10 Pfg., für außerhalb des Kreises Angelegene 15 Pfg., Inserate im amtlichen Teil 15 Pfg., Reklamzettel 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt.
 Anzeigen-Aufnahme bis Montag, Mittwoch und Freitag früh 10 Uhr.
 Telegr.-Adr.: Buchdruckerei Annaburg.

Anzeiger für Annaburg, Prettin, Jessen, zugleich Publikations-Organ für

Schweinitz und die umliegenden Ortshaften, Königliche und Gemeinde-Behörden.

No. 142.

Dienstag, den 9. Dezember 1913.

17. Jahrg.

Hof- und Personalsnachrichten.

* Der Prinz Carol von Rumänien, der älteste Sohn des Kronprinzen und fünftägiger Thronerbe, wird mit Genehmigung des Kaisers im Januar zu seiner militärischen Ausbildung als Oberleutnant dem 1. Garderegiment zugeteilt werden. Der Aufenthalt des Prinzen in Deutschland ist auf zwei Jahre vorgesehnen. In Befehlung des Prinzen wird sich General Veitcrich befinden.
 * In dem hundertjährigen Jubiläum des württembergischen Dragonerregiments „Königin Olga“ war der Kaiser mit dem württembergischen Königspar in Rudwigsburg erschienen. Kaiser und Königin verliehen dem Regimente je ein Ehrenband. Von dort kehrte der Kaiser nach Potsdam zurück.
 * Das Befinden der Fürstinmutter von Sachsen-Altenburg hat sich verhältnismäßig. Der Fürst von Sachsen-Altenburg ist daher sofort von Griefen nach Sigmaringen zurückgekehrt. Ebenfalls erwartet man dort den rumänischen Kronfolger.
 * Der Kardinal Dvögta, der Defan des Kardinalkollegiums, ist in Rom gestorben. Der Kardinal hat ein Alter von 80 Jahren erreicht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In der Babener Affäre ist noch nachzutragen, daß das erste und zweite Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 99, die in Babern lagen, am 6. Dezember die Garnison verlassen haben. Das erste Bataillon mit dem Regimentsstab geht nach dem Übungspfad Döberfen bei Gengenau und das zweite Bataillon nach dem Übungspfad Bfisch. Ein Wachkommando in Babern von 70 Mann stellt die Garnison Straßburg. Danach, das Oberst v. Meutter sein Entlassungsbegehren eingereicht habe oder seines Dienstes entbunden sei, ist nicht bekannt. Auch der ehsab-lobbringende Unterstaatssekretär Born v. Bulach erklärt, daß er jetzt keine Veranlassung zum Rücktritt mehr habe.
 + Die deutsche Militärmission für die Türkei wird vor ihrer Abreise nach Konstantinopel vom Kaiser empfangen werden. Die Mission besteht aus folgenden Herren: Generalleutnant Wiman v. Sanders, Kommandeur der 22. Division, Oberst Bruns v. Schellenborn, Kommandeur des Württembergischen Grenadier-Regiments Königin Olga 119, Oberst Weber, Kommandeur der Pioniere des 15. Armeekorps, Major v. Feldmann vom Großen Generalstab, Major v. Strenpel, bisheriger Militärattaché in Konstantinopel, Major Berrinet v. Thunpenau vom Kriegsministerium, Hauptmann v. König, Adjutant der Landwehrinspektion Erfurt, Oberleutnant Wilmann vom Skirafregiment Graf Gheker (Rheinisches) Nr. 8, Militärattaché in Konstantinopel, Oberleutnant des II. Armeekorps, Oberstabsarzt Professor Dr. Wauer, Dozent an der Militärakademie für das ärztliche Bildungswesen, Major Nicolai, beim Stabe des Feldartillerie-Regiments 64.

+ Aber die albanische Thronkandidatur des Prinzen zu Wied wird folgendes gemeldet: Die Vorkämpfer der Mächte in Berlin entschieden in den letzten Tagen den Staatssekretär des Äußeren, Herrn v. Jagow, dem Prinzen Wilhelm zu Wied mitzuteilen, daß er von allen Großmächten zum Fürsten von Albanien designiert worden ist. Herr v. Jagow hat dies dem Prinzen brieflich zur Kenntnis gebracht. Somit scheidet der baldigen Thronbesteigung nichts mehr im Wege.

+ Die hundertste kleine Anfrage ist im Reichstage eingegangen. Sie wird von den Sozialdemokraten gestellt und lautet: Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz über die vorübergehende Kollektiveinstellung bei der Reichseinfuhr vom 13. Februar 1913, das am 31. März 1914 abläuft, über diesen Termin hinaus verlängert wird?

+ Bezüglich der Malzweine hat der Abgeordnete Dr. Blankenborn (noll.) im Reichstage folgende kurze Anfrage eingebracht: Gehört der Herr Reichskanzler die nach der Erklärung vom 10. Juni 1913 in Erwägung gesessenen besonderen Maßnahmen namentlich zu ergreifen, um der immer mehr überhandnehmenden Fälschung der Malzweine, welche eine fälschende Nachahmung der feinen Fremdenweine sind, entgegenzutreten und dadurch den Weinbau, Weinhandel und auch den Konsumenten zu schützen?

Großbritannien.

* Durch königlichen Erlaß ist die Waffen- und Munitionseinfuhr nach Irland sowie von deren Bestand-

teilen, wie leeren Patronenhülsen, Explosivstoffen und Brennstoffen, die für kriegerische Zwecke geeignet sind, verboten, außer wenn die Gewißheit gegeben ist, daß sie für Sportzwecke, Bergwerksbetriebe oder für andere untrügerische Zwecke bestimmt sind. Ein zweiter Erlaß verbietet den Transport der gleichen Artikel längs der Küste mit den gleichen Einschränkungen. Die englische Regierung ergreift damit Maßnahmen gegen die Drohung der Ulfilerente mit besaenftem Widerstande.

Frankreich.

* Das Ergebnis der Aushebung der Zwanzigjährigen, die durch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit notwendig geworden ist, liegt jetzt endgültig vor. Von 187 000 für den Dienst mit der Waffe Ausgehenden wurden 128 000 den Fußtruppen, 16 760 der Kavallerie, 30 880 der Artillerie, 5450 den Pionieren, 2160 dem Train und 9410 den Verwaltungstruppen zugewiesen. Brauchbar zum Hilfsdienst sind 6970 Mann. Gegen die Jahresklasse 1912 (205 735 Weisefähige, 17 038 zum Hilfsdienst brauchbar) besteht demnach ein Mangel von 18 735 oder 10 068 Mann.

Spanien.

* Die Schaffung eines deutschen Industriekontakts in Marokko ist ein Gedanke, den die deutschen Großindustriellen Gebrüder Mannesmann in einem Entwurf an die spanische Regierung niedergelegt haben. Danach soll Spanien unterwiesiglich Marokko seine Güter und seine Gesellen zurückschicken. Spanien soll sich ferner verpflichten, seine Besatzungstruppen bis auf je ein Regiment in Larache, Elkkar, Tetuan, Melilla und Ceuta zurückzuziehen, eine Eingeborenenarmee unter dem Kommando Rajiulus Schafen und die Verwaltungstragen einem Generalrat überweisen. Ferner solle eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission, darunter ein spanischer Nationalökonom und einer der Brüder Mannesmann, für die Bedürfnisse der Eingeborenen alle administrativen und militärischen Maßregeln treffen. Die Firma Mannesmann solle sich direkt mit den Rajakulen ohne Vermittlung der spanischen Behörden in Verbindung setzen. Sie solle eine Gesellschaft gründen mit der Berechtigung für die ganze Zone und mit einer für höchstens drei Jahre ausgedehnten Charta. Die Arbeiten werden

Die Ägypter gegen europäische Einflüsse.

Konstantinopel, 7. Dezember.

Die hier weilenden Ägypter beschloßen in einer Versammlung in der Hagia Sophia, dem Sultan ihr Begehren über die in Mazedonien, besonders gegen Makedonien bezüglichen Angelegenheiten auszubringen und gegen die Einmischung gewisser Mächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei, wie gegen die Einmischung eines hohen englischen Beamten in die religiösen Angelegenheiten der Ägypter Einspruch zu erheben. Ferner wurde beschloßen, an den Scheich der Genossenschaft zu richten, gegen die Ausnahmeerlasse für Ägypten zu protestieren und um Wiederherstellung der Verfassung von 1881 zu bitten.

Lokales und Provinzielles.

* Annaburg. Für den Standesamtsbezirk Annaburg, Kreis Torgau, ist an Stelle des verstorbenen Gemeindevorstehers Franz Weigenstein der jetzige Gemeindevorsteher Herr Dr. Paul Albers in Annaburg zum Standesbeamten bestellt worden.

* Annaburg. Vom 1. Januar 1914 ab müssen die Empfänger von Unfallrenten zur Abhebung ihrer Renten das neue Quittungsformular benutzen. Die neuen Formulare entsprechen in ihrer Einrichtung denjenigen für Quittungen zu Inwalidenbezüge, mit dem Unterschied, daß die Quittungen für Unfallrenten weiß sind.

* Annaburg. Das gestern abend vom Vaterländischen Frauen-Verein veranstaltete Wohltätigkeitskonzert erzielte sich eines überaus zahlreichen Besuches. Das reichhaltige Programm fand ungeteilten Beifall. Herr Gemeindevorsteher Dr. Albers betonte zum Schluß der Veranstaltung das einmütige Zusammenwirken der verschiedenen Vereine Annaburgs, welches wesentlich zum Gelingen des Ganzen beigetragen hat und sprach allen Mitwirkenden im Namen des Frauenvereins den besten Dank aus.

Von Arbeiten. Schlechte Zeiten. Das Stöhnen gehört zwar nie das Armeu zu den normalen Lebensäußerungen eines braven Menschen. Aber in diesem Jahre beteiligen sich selbst die freudigen Besizer des Lebens an diesem Stöhnen. Es ist so wenig zu tun. In vielen Säulen ist die Luft zu dick, und selbst der Stumpfste Kopf ist über das höchste Recht des Menschen an nachzudenken; aber das Recht auf Arbeit. Die Vertreter des Volkes und die Gelehrten, die sich mit den Fragen des Volkswohlstandes beschäftigt beschäftigen, können auf Mittel, wie dem Arbeitsmangel zu steuern ist. Wie anders als in den guten Zeiten. Da können die Leute nachdenken. Aber über die Größe des Wertes, über die Lust der Arbeit. Und das Volk hat sich so allerlei Sprüche gemacht, um der Faulheit Loblieder zu singen. Allein, man muß gerecht sein. Viele Äußerungen sind im Grunde nur Spott. Spott auf die Menschen, die dieses Erdendasein als Schönheit betrachten. Das Volk liebt das Werk. Fleißig die Hände regen gibt Segen. Das ist doch unsere Abergzeugung. Die Arbeit ist nicht eine Last, sondern eine Lust. Volk eine Gnade, die uns über die dunkle Erdennacht hinweg, über den Staub uneres Jammerlebens emporhebt in die lichten Höhen. So wollte sie auch der unglückliche Dichter Hieronymus Storm verleben. Er verwarfseelte am Leben und sah nur Hinfortwärts weit um sich. Er lang: „Die Arbeit hebt uns froh hinweg aus lumpigen Belohnungen. Hat auch das Leben keinen Zweck. Sie gibt dem Leben einen. Und der Engländer Carlyle rief der Menschheit das große Wort zu: „Arbeiten! Nicht ver-“

— Kaufmännische Zeit. Die Vorbereitungen für das Weihnachtsfest nahmen ihren Anfang. Allerlei Gemächlichkeiten entstehen. Man plant Ueberzählungen für seine Lieben, schmiedet Pläne und hält das Geld verhältnismäßig locker im Portemonnaie. Eine kaufmännische Zeit ist jetzt gekommen. Jetzt müssen unsere Geschäftskreise das Publikum zum Kaufen anregen, denn quantitativer irrt sich die Gelegenheit selten im Laufe des Jahres. Das erfolgreichste Mittel, ein gutes Geschäft zu machen, bleibt immer noch eine Injektion in jeder Nummer der „Annaburger Zeitung“. Der Käufer hat ein Recht



Von ansehenden wohlunterrichteten Stellen wird behauptet, die Medizin, der russische Volkshafter Herr v. Giers habe eine Prognose gegen die Berufung und Verwendung der deutschen Militärmission in der Türkei beim Großvezir überreicht, sei einfach erfunden. Das Klingt um so wahrscheinlicher, als General Wiman v. Sanders am Montag dem Kaiser Wilhelm in Wiesbaden sendungen empfangen wird und alsbald nach Konstantinopel abreist.